



Die Linke, Europapolitik und Lateinamerika

Seminar der Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) Brüssel für die LAG Frieden und internationale Politik der LINKEN NRW, 18./19. Dez. 2010 in Brüssel

Bericht von Bernhard Clasen

Fünfzehn Menschen der Landesarbeitsgemeinschaft FiP (Frieden und internationale Politik) der LINKEN NRW waren der Einladung des Brüsseler Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefolgt, an einem Bildungsseminar zu Europapolitik teilzunehmen. Schwerpunkte des Seminars waren zum einen die Möglichkeiten linker Einflussnahme auf Europapolitik und zum anderen Lateinamerika. ReferentInnen waren Birgit Daiber, die Leiterin der RLS Brüssel, und Stefan Thimmel, Gutachter, Journalist und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac. In den zwei Tagen ist den Seminarteilnehmerinnen das politische Brüssel verständlicher geworden und Lateinamerika, wenn auch nicht geographisch, näher gekommen.

1. Brüssel und die Rosa Luxemburg Stiftung (Büro Brüssel)

Mexiko-Stadt, Peking, Indien, Südafrika, Moskau, Warschau, Belgrad, New York und Brüssel sind einige der Orte und Länder, in denen die Rosa Luxemburg Stiftung vertreten ist. Das Brüsseler Büro ist ein strategisches Büro.

Politikbeobachtung ist ein wesentlicher Schwerpunkt des Brüsseler Büros. Die Ergebnisse dieser Politikbeobachtung werden Linken in Europa – und nicht nur dort – zur Verfügung gestellt. Die Stiftung ist so Scharnier, Brücke und Dolmetscher zwischen dem Raumschiff / der Straßenkreuzung Brüssel und Linken vor Ort in europäischen Dörfern und Metropolen. Die RLS arbeitet an den Weltkrisen, macht die Zusammenhänge zwischen diesen deutlich. Die europäische Handelspolitik ist noch aggressiver als deren Sicherheitspolitik. Doch um die Zusammenhänge verstehen zu können, muss man auch „Brüssel“ verstehen. Hier hat die RLS eine europäische Aufgabe.

Die RLS Brüssel nutzt aber auch die Möglichkeiten, die das Zentrum Brüssel bietet, für Dialog, Vermittlungsarbeit, Fortbildungen. Jede/r, der mit Europa was zu tun haben will, landet irgendwann einmal in Brüssel. Die RLS hatte in den letzten beiden Jahren eine Reihe von Konferenzen organisiert, u.a. zum Thema Regierungsbeteiligung von Linken in Europa und Lateinamerika. Mit Friedensaktivistinnen aus Ruanda, Palästina, Israel und Jugoslawien arbeitet sie an Versöhnungsprozessen.

Einfach sind die Arbeitsbedingungen in Brüssel nicht. Für Lobbyisten ist die Stadt ein Paradies, für einen kleinen Think Tank wie die RLS eher ein Minenfeld, in dem man sich mühselig die Informationen zusammensuchen muss, die man für die Arbeit braucht. Von den internen Debatten der anderen sind wir Linke ausgeschlossen. Alle haben ihre Funktionäre überall sitzen, außer die Linken. Dabei sind Informationen so wichtig, weil Desinformation ein Teil des herrschenden Europas ist. Die offiziell leicht zugänglichen Informationen wiederum sind eher eine Art Hofberichtserstattung und langweilig. Die deutschen Botschafter treffen sich auch mit den Stiftungen.

Die RLS Brüssel und die europäische Linke

Die Linke in Europa ist schwach, auch im europäischen Parlament. Dazu kommt, dass es kaum eine Position gibt, die die Fraktion gemeinsam vertritt. Die Italiener sind raus. Aus Spanien ist nur noch einer da. Die radikale Linke ist in der Defensive. Die Ausnahme bilden Portugal und die Niederlande (mit der SP). Die nordischen Linken haben ein gutes Standing. In Frankreich ist die Linke fragmentiert. In Polen ist die Linke ebenfalls schwach. Über Jugoslawien lässt sich wenig sagen. In Tschechien ist man eher klassisch kommunistisch. Die Ungarn sind nicht in der europäischen Linkspartei, weil sie nicht bereit sind, die Position der Abkehr vom Stalinismus zu unterzeichnen. Was wir in Deutschland haben, ist ein trügerisches Bild. Die Linke in Europa ist nicht im Auftrieb. Da war die gemeinsame Plattform für die Europawahl schon ein riesiger Erfolg.

Dieses Spannungsfeld in der europäischen Linken macht es für die RLS Brüssel zusätzlich schwierig, für „die“ europäische Linke zu agieren, die es so einheitlich gar nicht gibt.

Die Außenpolitik der Europäischen Union

Die Geschichte der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nahm ihren Anfang bereits in den 1960er Jahren mit der Westeuropäischen Union (WEU). Zwar war die WEU kein militärisches Bündnis, aber sie war doch auf Militärpolitik ausgerichtet.

Solana war immer in außenpolitischen Dingen für den Rat unterwegs. Und mit dem Vertrag von Lissabon wurde das verfestigt. Es sollte eine eigene außenpolitische Kompetenz aufgebaut werden. Damit ist der Aufbau eines eigenen außenpolitischen Diensts der EU verbunden. Inzwischen existieren in allen Ländern „europäische Delegationen“, also eine eigene Botschaft. Dort arbeiten keine Fachbeamte sondern Diplomaten. Die Fachdelegationen waren bis jetzt sehr nahe an den Entwicklungsprozessen in den Ländern. Sie waren eher problem- als ideologisch orientiert. Mit dem Aufbau der diplomatischen Ebene dürfte dies der Vergangenheit angehören. Bei diesem außenpolitischen Dienst ist die EU-Kommission als Fachinstanz und Hüterin der Verträge weitgehend außen vor.

Dieser Dienst ist nicht einfach ein zusätzlicher diplomatischer Dienst, den die 27 Länder stellen. Da werden Machtinteressen der EU transportiert. Und diese Interessen sind definiert durch die Strategie 2020 (Ressourcensicherung für Europa). Die europäischen Regierungen wissen, dass Europa keine eigenen Ressourcen besitzt, also darauf angewiesen ist, versorgt zu werden. Diese Ressourcen will sich Europa sichern. Die EU weiß um die neuen Player Brasilien, China, Russland und Südafrika. Und sie muss sich auch im Verhältnis zu diesen Ländern „ihre“ Ressourcen sichern. Der Vertrag der EU mit Brasilien z.B. erlaubt es ihr, in Mozambique Pflanzen für die Gewinnung von Biodiesel anzubauen; das zeigt die ganzen Verflechtungen. Da finden Zugriffe statt, bei denen die Regierungen der

einzelnen Länder mitspielen, teilweise auch linke Regierungen. Ziel der Außenpolitik der EU ist es, diese wirtschaftlichen Interessen mit durchzusetzen. Wenn irgendwo auf der Welt Kleinbauern enteignet werden, der Boden erodiert, Konzerne Minen aufkaufen, dann geschieht das oft mit Unterstützung der EU. Die Handels- und Ressourcenpolitik der EU zerstört die Lebensgrundlage vieler Menschen.

Zwar gewinnt die europäische „Verteidigungs“-politik immer mehr an Gewicht. Doch vieles überlässt man auch der NATO. In Somalia oder dem Tschad ist die EU über die *Euro-corps* aktiv. Häufig agiert die EU nicht selbst militärisch, sondern lässt agieren. G20 und NATO sind das Geflecht, in dem die EU agiert.

2. Die Linke und Lateinamerika

Es hat sich etwas getan im Hinterhof der USA. Die Liste der Länder Lateinamerikas, in denen Linke an der Regierung sind, ist lang: El Salvador, Kuba, Venezuela, Ecuador, Bolivien, Brasilien, Nicaragua, Argentinien, Paraguay und Uruguay. Wenn etwas Hoffnung macht in dieser Welt, dann sind es die jüngsten Entwicklungen in Lateinamerika.

Der massivste Unterschied zwischen europäischen und lateinamerikanischen linken Regierungsbeteiligungen ist, dass wir in Europa immer die kleine Kraft in der Regierung sind. In Lateinamerika gibt es starke linke Präsidenten. In Paraguay muss allerdings ein linker Präsident gegen eine konservative Mehrheit im Parlament regieren. Die RLS hatte kürzlich eine Konferenz mit linken Politikern und Intellektuellen aus Lateinamerika und Europa veranstaltet.

Viele linke Regierungen nationalisieren ihre Ressourcen.

Insbesondere in Bolivien und Ecuador waren es soziale Bewegungen, die die Linken an die Regierung gebracht haben.

Argentinien ist eigentlich weder links noch rechts, sondern peronistisch. Was peronistisch ist, kann ein Nichtargentinier kaum verstehen. Das Land ist eine einzige Soja-Plantage.

Bolivien ist immer noch das ärmste Land in Lateinamerika. Mehr als die Hälfte der weltweiten Lithium-Vorräte befinden sich in Bolivien.

Brasilien ist als regionale Ordnungsmacht sehr wichtig. 2014 wird es Gastgeber der Fußball-WM, 2016 der Olympiade sein. Die Regierung in Brasilien kann mit klassischer Umverteilung etwas bewegen. Trotzdem ist die Kluft zwischen arm und reich viel größer als in Europa. Lange war das Land Versuchsfeld des Neoliberalismus, seit einer Dekade werden dort neue Schritte angestoßen.

In den letzten 10 Jahren, also unter Lula, ist viel passiert. Vor Lula herrschte eine absolute Abhängigkeit von den internationalen Finanzinstituten. Diese Dominanz der internationalen Finanzinstitutionen ist gebrochen. Doch nach wie vor wird viel Land ausverkauft. Der langjährige Präsident Lula hatte nie eine eigene parlamentarische Mehrheit, musste sich immer mit rechten Parteien einigen. Absolutes Manko ist die Umweltpolitik. Thyssen Krupp durfte ein riesiges Stahlwerk errichten – unter Umgehung der brasilianischen Gesetze. Auch die Fischer sind vertrieben worden.

Das riesige, 7000 km lange Land, ist von großen Widersprüchen und Unterschieden geprägt. 90% des BIP werden in Sao Paulo umgesetzt. Insbesondere im Norden gibt es viele Menschenrechtsverletzungen, Rassismus. Korruption und Gewalt blühen. Die Schere zwischen arm und reich ist noch grösser geworden. Die Armut insgesamt ist jedoch in den letzten Jahren weniger gravierend geworden.

Die RLS in Brasilien arbeitet sehr stark mit den sozialen Bewegungen des Landes zusammen, vor allem den Landlosen und Umweltschützern.

Die nach wie vor weitergehende Ausbeutung der Erdölreserven in **Ecuador** programmiert einen Konflikt der Regierung mit den indigenen Bewegungen vor. Linke zivilgesellschaftliche Kräfte haben sich letztes Jahr einem Putschversuch angeschlossen.

Referenzpunkt für viele Linke ist **Kuba**, trotz vieler Demokratisierungsdefizite. Das Land hat es geschafft, flächendeckend zu alphabetisieren und ein frei zugängliches Gesundheits- und Bildungssystem aufzubauen.

In **Uruguay** kam 2005 eine linke Regierung an die Macht. In dieser ersten linken Regierung waren allein auf der Ministerebene 76 Jahre Haft versammelt. Und 2010 gab es am 1.3.2010 die zweite linke Regierung. Deren führender Mann ist eine spannende Figur. Er war in den 60er Jahren im Untergrund, 14 Jahre in Einzelhaft. Mit seiner starken anticolonialen Biographie ist er das ausdrucksstärkste Beispiel dieser neuen Riege südamerikanischer Präsidenten. Aber auch dort geht es um ausländische Direktinvestitionen. Auch dort gibt es keine Begrenzung des Ausverkaufs von Boden.

Uruguay hat eine sehr lange Tradition linken Widerstandes. 1971 wurde das älteste bestehende Linksbündnis Lateinamerikas in Uruguay gegründet. Darin arbeiteten Trotzkiten, Christdemokraten, Tupamaros, Anarchisten.

In **Venezuela** hat Hugo Chavez mit den Gewinnen für eine kleine Oberschicht Schluss gemacht. Doch manche Linke, wie Edgardo Lander und andere, haben auch einen kritischen Blick auf Chavez.

Extraktivismus und Umweltschutz

Bolivien hat das goldene Gold, das schwarze Gold, das graue Gold (Lithium). Ein Beispiel für einen „neuen Extraktivismus“ (*neoextravismo*) ist das Thema Papier. Mittlerweile sind 25% der für Papier wichtigen Rohstoffe aus Lateinamerika (Anstieg in den letzten zehn Jahren von 8% auf 25%).

Auch die Eukalyptus-Plantagen bedrohen die Umwelt. Sie erodieren den Boden, dem sehr tief die Mineralien und Nährstoffe entzogen werden. In Finnland wachsen diese Bäume 80 Jahre bis zur möglichen Ernte, in Lateinamerika nur acht Jahre. Da steckt ein Geschäft dahinter. Und da wirken Konzerne aus Nordeuropa mit, aber auch brasilianische. Diese Monsterbäume (Pinien, Eukalyptus) werden direkt vor Ort verarbeitet, sind allein für den Export nach Europa und China bestimmt. Häufig sind solche Eingriffe in die Umwelt darüber hinaus mit einer Vertreibung von indigenen Bevölkerungen verbunden.

Auch unter den linken Regierungen gibt es einen Ausverkauf des Landes an europäische und andere Großgrundbesitzer. Es gibt prekärste und halbsklavische Arbeitsbedingungen, massiven Einsatz von Chemie. Die Monokulturen sind sehr anfällig für Schädlingsbefall. Und diesen bekämpft man dort vor Ort mit Mitteln, die in Europa längst verboten sind.

Auch die Arbeiter haben kaum Rechte. Es ist ein Desaster, unter welchen – auch ökologischen Bedingungen – die Menschen arbeiten.

Auf der Weltklimakonferenz hatte sich Bolivien als einziges Land dem Kompromiss widersetzt. Der Delegationsleiter, Morales, war schon in Kopenhagen vorgeprescht. Auf der Klimakonferenz war die Haltung Boliviens symbolisch, aber auch wichtig. Sie steht allerdings im Widerspruch zur Realität im Land und seinem Umgang mit den Ressourcen.

Solidarität mit linken Regierungen und sozialen Bewegungen in Lateinamerika

Die linken Regierungen: Die lateinamerikanische Entwicklung zeigt deutlich, dass dort, wo die Linken an der Regierung sind, ein praktischer Prozess angestoßen werden konnte. So wie die Landlosen und Kleinstbauern Ernährungssouveränität und garantierten Zugang zu Boden und Saatgut wollen, so wollen diese Regierungen die Verfügung über die eigenen Ressourcen gewinnen.

Im Unterschied zu Europa sind Linke in Lateinamerika an die Regierung gekommen, weil vorher die breiten Massen mobilisiert werden konnten.

Venezuela, Ecuador, Brasilien haben die Verhandlungen mit der EU ausgesetzt. Kolumbien und Peru haben diese Verhandlungen abgeschlossen.

Es gibt den Versuch, eine eigene interregionale Entwicklungsbank aufzubauen. Da sind acht Länder beteiligt. Diese Bank soll eine Alternative zum IWF sein.

Die lateinamerikanischen linken Regierungen sind viel sozialdemokratischer als wir uns das vorstellen. Bei der Transition müsse man einen gewissen Kapitalismus zulassen, um den Rückbau zu ermöglichen, ist die Tendenz.

Die sozialen Bewegungen: Nur dort, wo es linke soziale Bewegungen gegeben hat, haben linke Parteien in Lateinamerika etwas bewegen können. Es gilt, unser Augenmerk von den Regierungen zu den sozialen Bewegungen in Lateinamerika richten.

Es gibt eine Bewegung gegen den Extraktivismus. Nicht alles, was im Boden ist, so diese Bewegung, soll auch herausgeholt werden.

Auch unter linken Regierungen in Lateinamerika gibt es reaktionäre Übergriffe in Justiz, gegen die Medien. Und eine Personenkultur führt mancherorts dazu, dass sich soziale Bewegungen, die uns eigentlich nahe stehen, gegen diese Regierungen richten können.

Internationale Solidarität: Ausgehend zum versuchten Staatsstreich in Ecuador gab es in der europäischen Linken die Diskussion, wie wir es mit der Solidarität zu linken Regierungen halten sollen. Einige hatten die Position, es müsse eine bedingungslose Solidarität geben. Sie meinten, man dürfe soziale Bewegungen nicht gegen linke Regierungen ausspielen.

Eine andere Position ist, dass Solidarität an Kriterien gebunden sein müsse. Man könne nicht soziale Rechte und Freiheitsrechte gegeneinander ausspielen. Auch in Bolivien sagen manche, da laufen Prozesse ab, die nichts mehr mit dem zu tun haben, was wir mal wollten.

Wir müssen definieren, was für uns „internationale Solidarität“ ist. Wir sollten stärker den Austausch mit der Zivilgesellschaft und den sozialen Bewegungen suchen. Die sind dort so stark wie in keiner anderen Region der Welt. Den sozialen Bewegungen sollte in konkreten Projekten geholfen werden.

Die neuen Verfassungen

Lateinamerika war in den 1990er Jahren das Labor des Neoliberalismus. Die damit verbundene Ausbeutung der Bodenschätze, auch „Extraktivismus“ genannt, hat dazu geführt, dass Lateinamerika heute vor multiplen Krisen stehen. Man hat erkannt, dass dieser Extraktivismus so nicht weitergehen kann. So versuchte man in die neuen Verfassungen auch den Faktor der menschlichen Bedürfnisse mit einzubeziehen: Freiheit, Kreativität und Partizipation. Man beschrieb das mit dem Ausdruck „buen vivir“ („erfülltes Leben“ – *sumak kawsay*). Ein weiterer Begriff in den Verfassungen von Bolivien und Ecuador weist auf ein anderes Naturverhältnis hin, der Begriff der „Mutter Erde“ (*pachamama*). Im europäischen Kontext mag das esoterisch anmuten, wir müssen jedoch unvoreingenommen an diese Begriffswelt herangehen.

Auch bei uns gab es in Verbindung mit der Studentenbewegung eine Debatte zum Konsumismus; heute ist das Thema krisenbedingt und auch in Kritik am europäischen/globalen Wachstumsmodell aktuell.

Das kollektive Denken, der Bezug zur Gemeinschaft, ist in Lateinamerika ausgeprägt, trotz der letzten 20, 30 Jahre. Und auf dieses Denken bauen diese Verfassungen auf. Die Natur wird als ein Teil der Gemeinschaft gedacht. Die Berge ärgern sich, lachen, weinen und sind traurig. Eine solche „Kosmvision“ ist uns schon ein bisschen fremd. Hier zeigt sich der Einfluss von Naturreligionen, die Achtung vor Ahnen. All das wurde versucht, in diese Verfassungen einzuarbeiten. Die Rechte der Natur werden anerkannt, die Partizipation, die auf der Erfahrung der Indigenen beruht. Das zieht sich als Querschnittsachse durch die unterschiedlichen Demokratieformen Lateinamerikas. Diese Begrifflichkeit ist schon ein radikaler Schnitt zu den europäisch geprägten Verfassungen.

Nur wie das in die Praxis umsetzen? Konkret heißt das, dass Arbeitsvermittler verboten worden sind. Der Schutz informeller Arbeit ist festgeschrieben. Subsistenz, Reproduktions- und fürsorgearbeit haben Verfassungsrang. Kostenlose Bildung in Schule und Hochschule werden garantiert.

In diesen Ländern war die Analphabetenrate sehr hoch. Hier hat sich gerade in **Bolivien** sehr viel getan. Gleichzeitig wird eine kostenlose Gesundheitsversorgung garantiert, die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme ist verboten. Freizeit und Körperkultur werden als Elemente des „buen vivir“ anerkannt und stehen in der Verfassung. Diese Werte brechen unsere Denkmuster auf.

Dieses neue Naturverständnis ist revolutionär. Natur wird nicht mehr vorrangig oder ausschließlich als Ressource betrachtet, sondern als Raum, in dem sich Leben realisiert. Das wird realisiert, in Ecuador sind Umweltmaßnahmen für geplante Projekte zwingend vorgesehen. Bei jeder Entscheidung müssen die Gemeinden im Vorfeld einbezogen werden. Und das sind Ökonomien, die multinationalen Konzernen ausgeliefert waren.

Patentierung von Leben und Pflanzen ist nicht möglich. Schlecht für die Pharmaindustrie, die ja Pflanzen für sich patentieren will. Wie sich dies alles jedoch in der Praxis umsetzen

lässt ist eine andere Frage. Monsanto, das weltweit dominierende Saatgutkonzern, zwingt doch die Kleinbauern einfach, nur noch deren Samen zu verwenden.

Es ist wichtig, dass derartige Dinge erst einmal in einem Verfassungsprozess artikuliert werden. Begriffe wie „Interkulturalität“ und „plurinationale Staaten“ stellen die Vorherrschaft gewisser Schichten und Klassen in Frage.

In Bolivien ist die Anerkennung der Autoritäten indigener Führungspersönlichkeiten wichtig. Die afroecuadorianischen Bevölkerungsanteile werden anerkannt. Auch die indigene Gerichtsbarkeit wird - im Rahmen der allgemeinen Menschenrechte - anerkannt. Die verschiedenen indigenen Völker werden eigens anerkannt, erwähnt, ebenso die Zweisprachigkeit. Rechtssubjekte sind Gemeinschaften, die Natur, indigene Nationen. Die Verfügung über Wasser, Ernährung wird als Menschenrecht festgeschrieben.

Uruguay hat 2004 als erstes Land weltweit das Menschenrecht auf Wasser in einer Volksabstimmung in die Verfassung aufgenommen. Sechs Jahre danach steht das auch in den Verfassungen von Bolivien und Ecuador. Bei den vorangegangenen Wasserkämpfen haben es die indigenen Gemeinschaften geschafft, sich zu organisieren. Diesem Kampf ist es mit zu verdanken, dass Morales Staatspräsident werden konnte.

Natürlich sind die Verfassungen wichtig, aber vieles bleibt leider auf der symbolischen Ebene. Ecuador hat eine progressive Verfassung, aber die politische Realität sieht anders aus. In Ecuador haben multinationale Konzerne großen Einfluss auf die Regierung. Einer der Autoren der Verfassung Ecuadors kritisiert den anhaltenden Einfluss der multinationalen Konzerne und ist zurückgetreten.

Was können wir von den lateinamerikanischen Verfassungsprozessen lernen?

Das europäische Wachstumsmodell wird in Frage gestellt. In den Verfassungen wird kostenlose Bildung bis zur Hochschule garantiert. Patentierung von Leben und Pflanzen ist nicht möglich. Die Begriffe von „Interkulturalität“ und „plurinationalen Staaten“ wären auch in Europa angebracht. Es wird eine kostenlose Gesundheitsversorgung garantiert, die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme ist verboten.

Danke

Die LAG FiP der LINKEN NRW dankt der Rosa Luxemburg Stiftung Brüssel für das hervorragende Seminar, insbesondere Birgit Daiber und dem Referenten Stefan Thimmel.

In diesen Bericht sind die Vorträge und viele Wortbeiträge eingearbeitet, ohne sie namentlich gekennzeichnet zu haben. Und da natürlich nicht in allen Fragen Konsens bestand, mag die eine oder andere Seite in einem Widerspruch zu einer anderen Textpassage stehen. bc